

Von Armut und Reichtum zur Spaltung der Gesellschaft – Ursachen und Auswege

Dr. Claus Schäfer

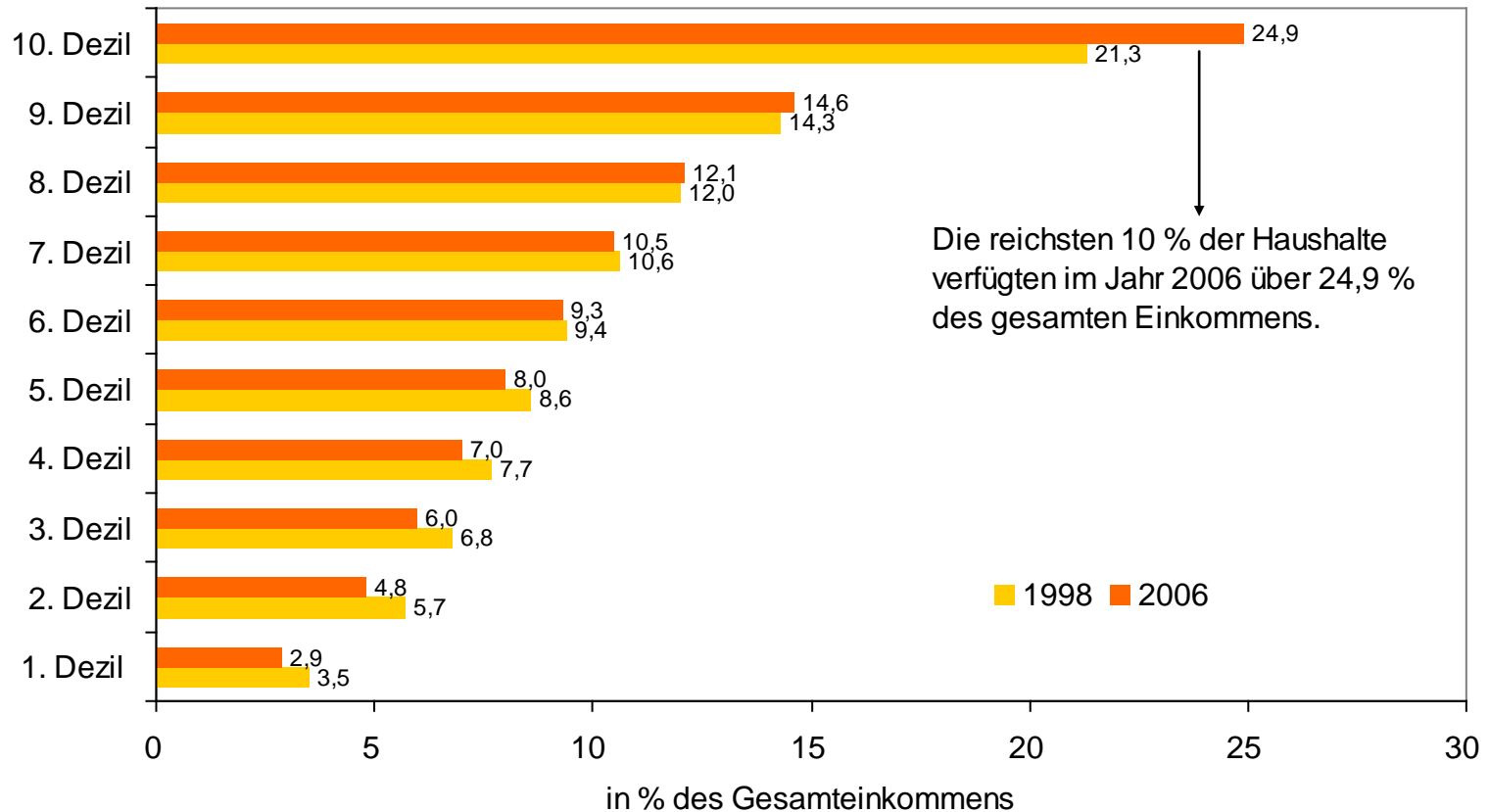
Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund –
Auftakt für Zwischenbilanz und Ausblick
08. April 2013 in Dortmund

Ungleichheiten gehen inzwischen weit über Gerechtigkeitsfragen hinaus

sie betreffen eine ungleiche Verteilung:

- von Teilhabe am Arbeitsleben
- der privaten Einkommen
- der privaten Vermögen
- der Teilhabe am ganzen Leben
- von heutigen und erst recht zukünftigen Lebenschancen (in der individuellen wie gesellschaftlichen Lebenslauf- bzw. Zeitperspektive)
- zwischen reichen privaten Sektoren und armen staatlichen Sektoren
- zwischen reichen (Exportüberschuss-) Ländern und armen (Importüberschuss-) Ländern

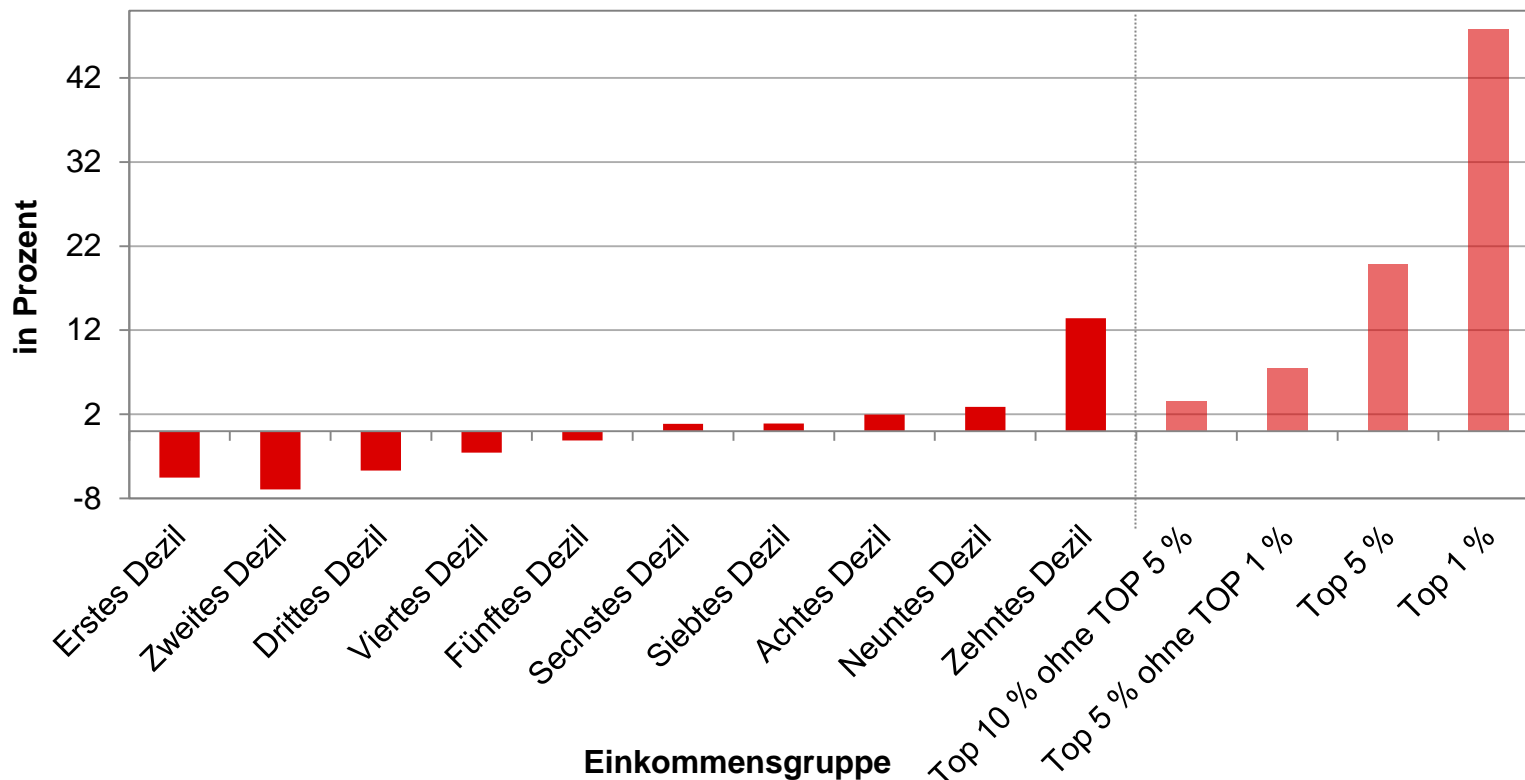
Spaltung der Einkommensverhältnisse - Einkommensanteile am verfügbaren Einkommen¹⁾ für zehn Gruppen (Dezile) von Privathaushalten



1) Haushalts- Nettoeinkommen, äquivalenzgewichtet mit neuer OECD-Skala.

Quelle: Hauser/Becker u. a., Gutachten für den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2007 (Datenbasis SOEP).

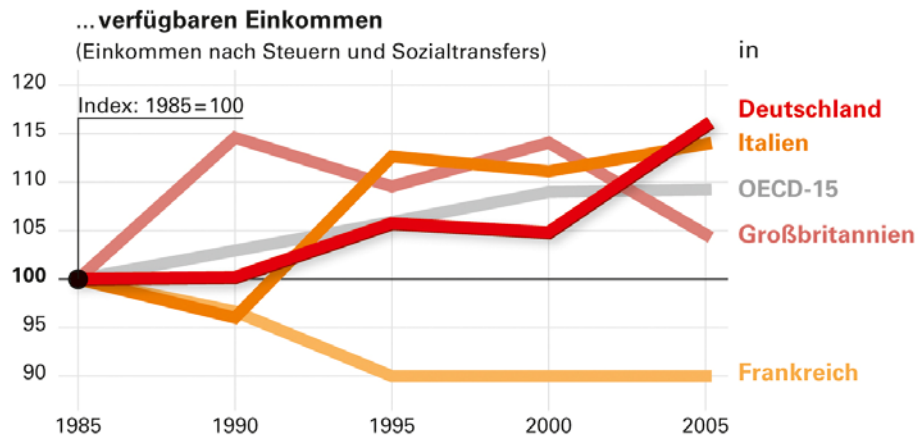
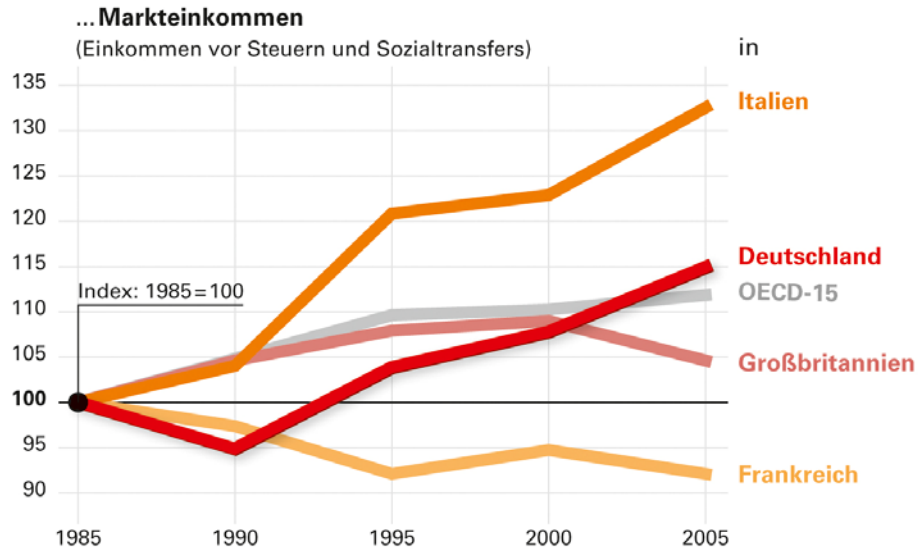
Veränderungsraten der realen Netto-Einkommen¹⁾ von verschiedenen Gruppen privater Haushalte



1) um den Preisanstieg bereinigte Netto-Äquivalenzeinkommen gemäß neuer OECD-Skala.
Quelle: Anselmann/Krämer (2012).

In Deutschland wächst die Ungleichheit besonders

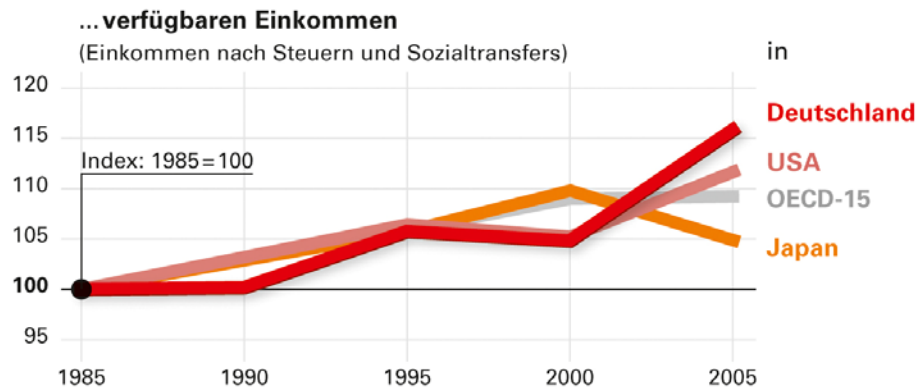
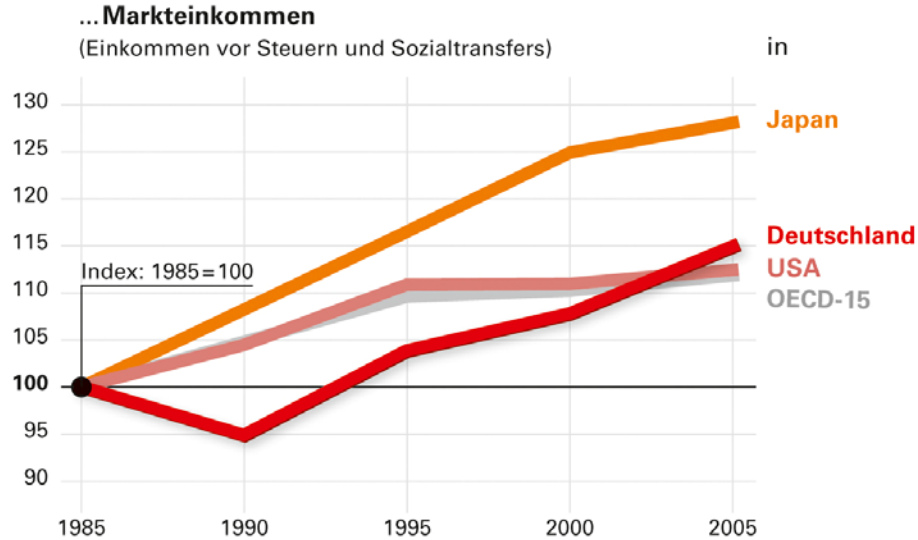
Seit 1985 änderte sich die Ungleichheit (Gini-Koeffizient) der ...



Quelle: OECD 2008, Horn 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

In Deutschland wächst die Ungleichheit besonders

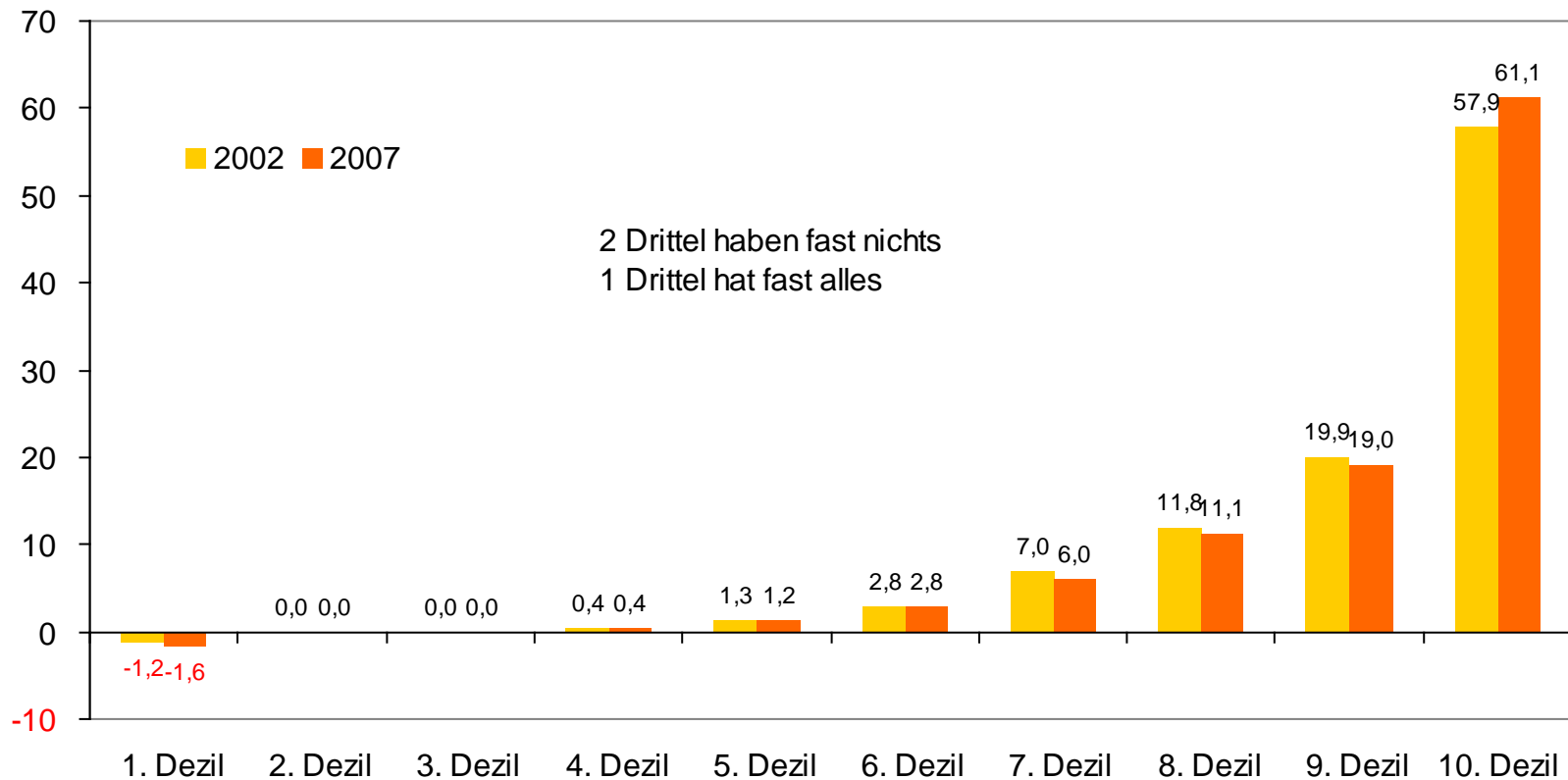
Seit 1985 änderte sich die Ungleichheit (Gini-Koeffizient) der...



Quelle: OECD 2008, Horn 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Spaltung der Vermögensverhältnisse

(Anteil des individuellen Nettovermögens am privaten Gesamtvermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007)



Basis: Personen in Privathaushalten im Alter ab 17. Jahren.

Quelle: SOEP, individuelle Vermögensinformationen nach multipler Imputation fehlender Werte, inklusive einem 0.1 % Top-Coding.

Gespaltener Wohlstands-Zuwachs Inflationbereinigte Netto-MONATSlöhne¹⁾ von Arbeitnehmern²⁾

Arbeitnehmer, die mit ihrem Lohn zum ...Dezil zählen	Monatslöhne in Euro			Veränderung in Prozent	
	2000	2005	2010	2000 - 2010	2005 - 2010
unteren (ersten 10 %)	270	233	211	-21,9	-9,4
zweiten	520	445	435	-16,3	-2,2
dritten	835	729	705	-15,6	-3,3
vierten	1.073	1.009	963	-10,3	-4,6
fünften	1.258	1.229	1.193	-5,2	-2,9
sechsten	1.421	1.432	1.412	-0,6	-1,4
siebten	1.601	1.634	1.609	0,5	-1,5
achten	1.841	1.877	1.836	-0,3	-2,2
neunten	2.219	2.251	2.215	-0,2	-1,6
oberen (zehnten 10 %)	3.419	3.418	3.446	0,8	0,8

1) in Preisen von 2005. - 2) in allen Arbeitsverhältnissen (aber nur mit der jeweiligen Hauptbeschäftigung); laufende Löhne ohne Sonderzahlungen, Boni o. ä.

Quelle: DIW/SOEP (Grabka) 2011

Gespaltener Wohlstand-Zuwachs

Inflationsbereinigte Netto-STUNDENlöhne¹⁾ von Arbeitnehmern²⁾

Arbeitnehmer, die mit ihrem Lohn zum ... Dezil zählen	Stundenlöhne in Euro			Veränderung in Prozent	
	2000	2005	2010	2000 - 2010	2005 - 2010
unteren (ersten 10 %)	4,06	3,91	3,86	-4,9	-1,3
zweiten	5,55	5,56	5,48	-1,6	-1,8
dritten	6,56	6,49	6,36	-3,0	-2,0
vierten	7,22	7,42	7,27	0,7	-2,0
fünften	8,12	8,24	8,07	-0,6	-2,1
sechsten	8,87	9,07	8,91	0,5	-1,8
siebten	9,85	10,12	9,92	0,7	-2,0
achten	11,00	11,36	11,11	1,0	-2,2
neunten	13,13	13,23	12,96	-1,3	-2,0
oberen (zehnten 10 %)	17,31	17,62	17,60	1,7	-0,1

1) in Preisen von 2005. - 2) in allen Arbeitsverhältnissen (aber nur mit der jeweiligen Hauptbeschäftigung); laufende Löhne ohne Sonderzahlungen, Boni o. ä.

Quelle: DIW/SOEP (Brenke/Wagner) 2011

Spaltung der Vollzeit-Arbeitseinkommen

Vollzeit-Beschäftigte im Niedriglohnsektor in %

Jahr	Deutschland	West	Ost
1999	19,0	14,6	35,5
2000	19,3	15,0	36,1
2001	19,6	15,4	36,5
2002	19,8	15,7	36,5
2003	20,3	16,1	37,6
2004	20,7	16,7	37,6
2005	21,2	17,2	38,3
2006	21,8	17,8	39,0
2007	22,1	18,1	39,3
2008	22,3	18,2	39,8
2009	22,3	18,2	39,9
2010	22,8	18,7	40,1

Quelle: Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2011).

Struktur der Vollzeit-Niedriglöhner¹⁾ 2010

Strukturmerkmal		Beschäftigte	
		absolut	% ²⁾
VZ-Niedriglöhner	Insgesamt	4.657.622	22,7
darunter	Männer	2.099.154	16,1
	Frauen	2.558.468	34,3
darunter	unter 25 Jahren	715.163	48,6
	im Gastgewerbe tätig	376.080	72,0
	in priv. Haushalten tätig	15.509	72,8

1) Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) unter der Niedriglohnschwelle (nach OECD-Definition) von 1.802 Euro im Monat (hier genau: 1.800 Euro). -2) In Prozent aller Vollzeitbeschäftigten mit dem jeweiligen Merkmal.

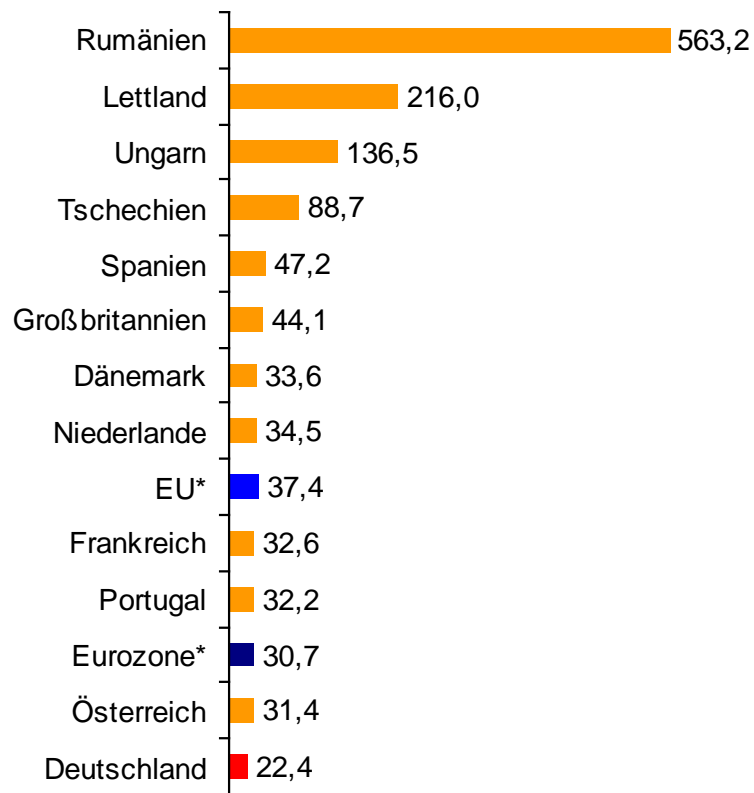
Quelle: Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (2011).

Spaltungen in Europa

Moderate deutsche Lohnentwicklung - starke europäische Ungleichgewichte?

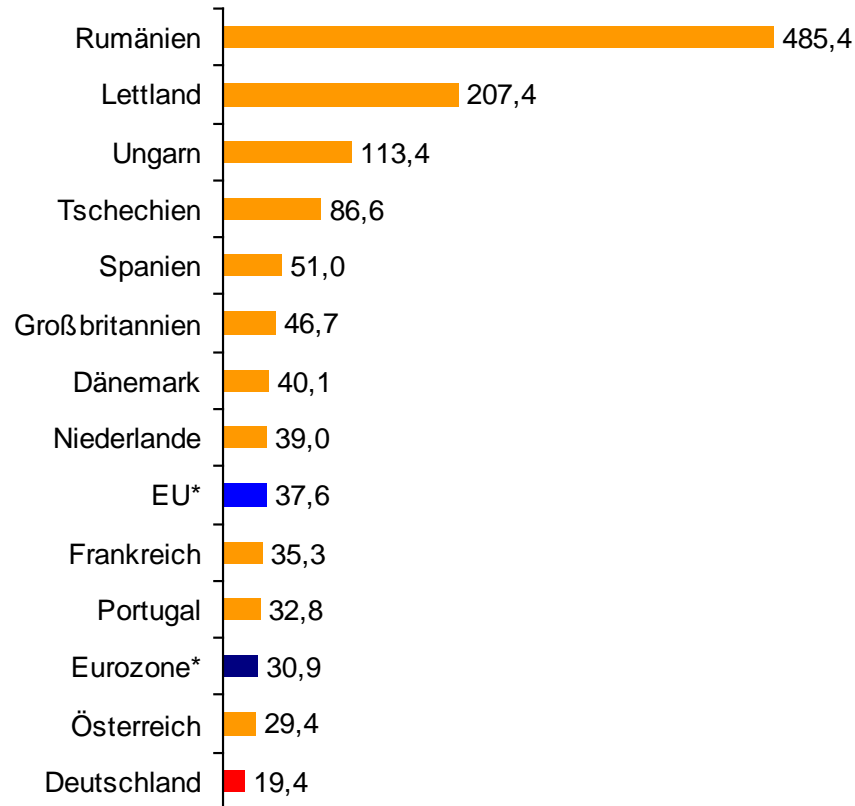
Bruttolöhne und -gehälter

Veränderung 2. Quartal 2010 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2000, in Prozent



Arbeitskosten inkl. Bruttolöhne

Veränderung 2. Quartal 2010 im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2000, in Prozent

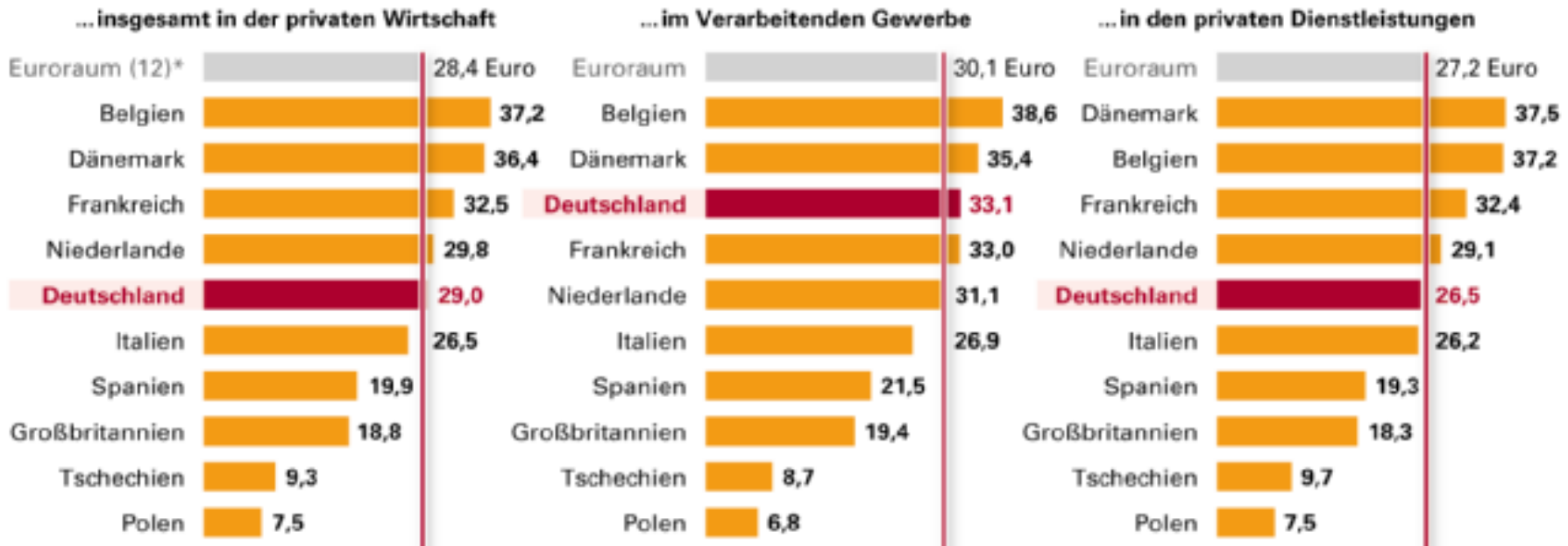


*Angaben für Belgien, Finnland, Griechenland und Irland lagen nicht vor. Daten für Italien sind nicht öffentlich, fließen aber in die Durchschnittswerte mit ein.
Quelle: Statistisches Bundesamt 2010. - Berechnungen des IMK.

Spaltungen in Europa

Deutsche Arbeitskosten: Dienstleistungen viel billiger als Industrie

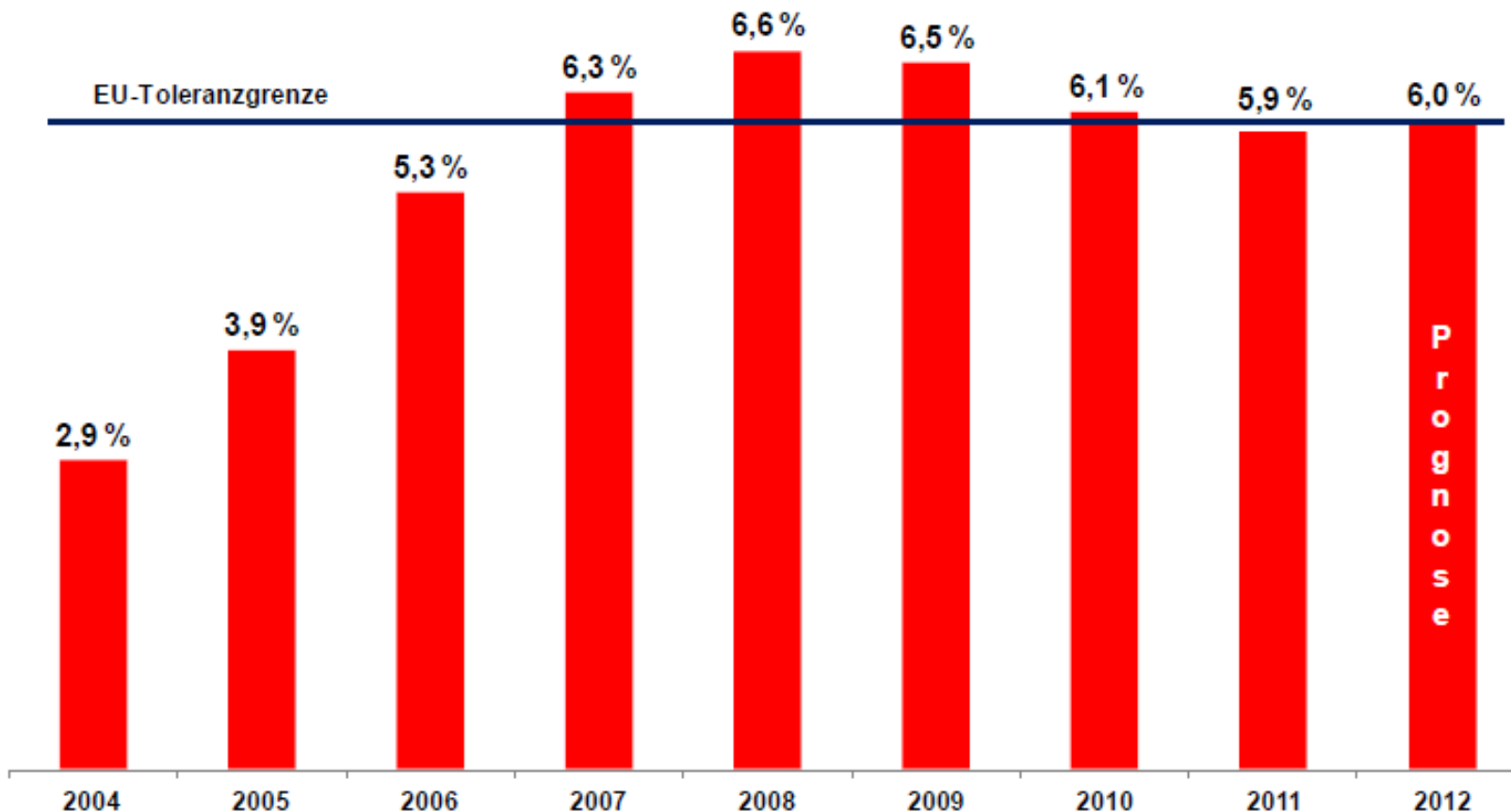
So viel kostete 2009 eine Arbeitsstunde...



*Eurostaaten zum Bargeldstart des Euro 2002; Werte Polen: 2008; Quellen: Eurostat, Bundesbank, Berechnungen IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Deutschland auf schiefer Bahn

Leistungsbilanzüberschuss* in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



*im Wesentlichen Exportüberschüsse aus Waren- und Dienstleistungshandel; gemäß der EU-Vorgaben jeweils der Durchschnitt von drei Jahren.
Quelle: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht, laufende Ausgaben, eigene Berechnung.

Verteilungsfragen sind wegen ihrer weitreichenden Folgen Basis von wirtschafts-politischer (Fehl)Steuerung wie gesellschaftspolitischer (De) Legitimation

- wegen der schon existierenden und weiter zunehmenden Ausgrenzung vieler Bevölkerungskreise (direkt Betroffene und indirekt Bedrohte; Prekarisierung, Altersarmut, „verlorene“ Generationen, Polarisierung)
- wegen der erzeugten Instabilitäten in Wirtschaft und Gesellschaft (Defizite an gesamtwirtschaftlicher Binnennachfrage, sozialer Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und Produktivität, Familienbildung)
- wegen der erzeugten Instabilitäten in besonderen Märkten und Lebenslagen (Finanzmarkt, Immobilienmarkt)
- wegen der Instabilitäten zwischen den Nationalstaaten in der EU (Entsolidarisierung bis Gefährdung der Europa-Idee)

Die Rückgewinnung von Steuerung und Legitimation setzt an den Ursachen der Verteilungsungleichheit an:

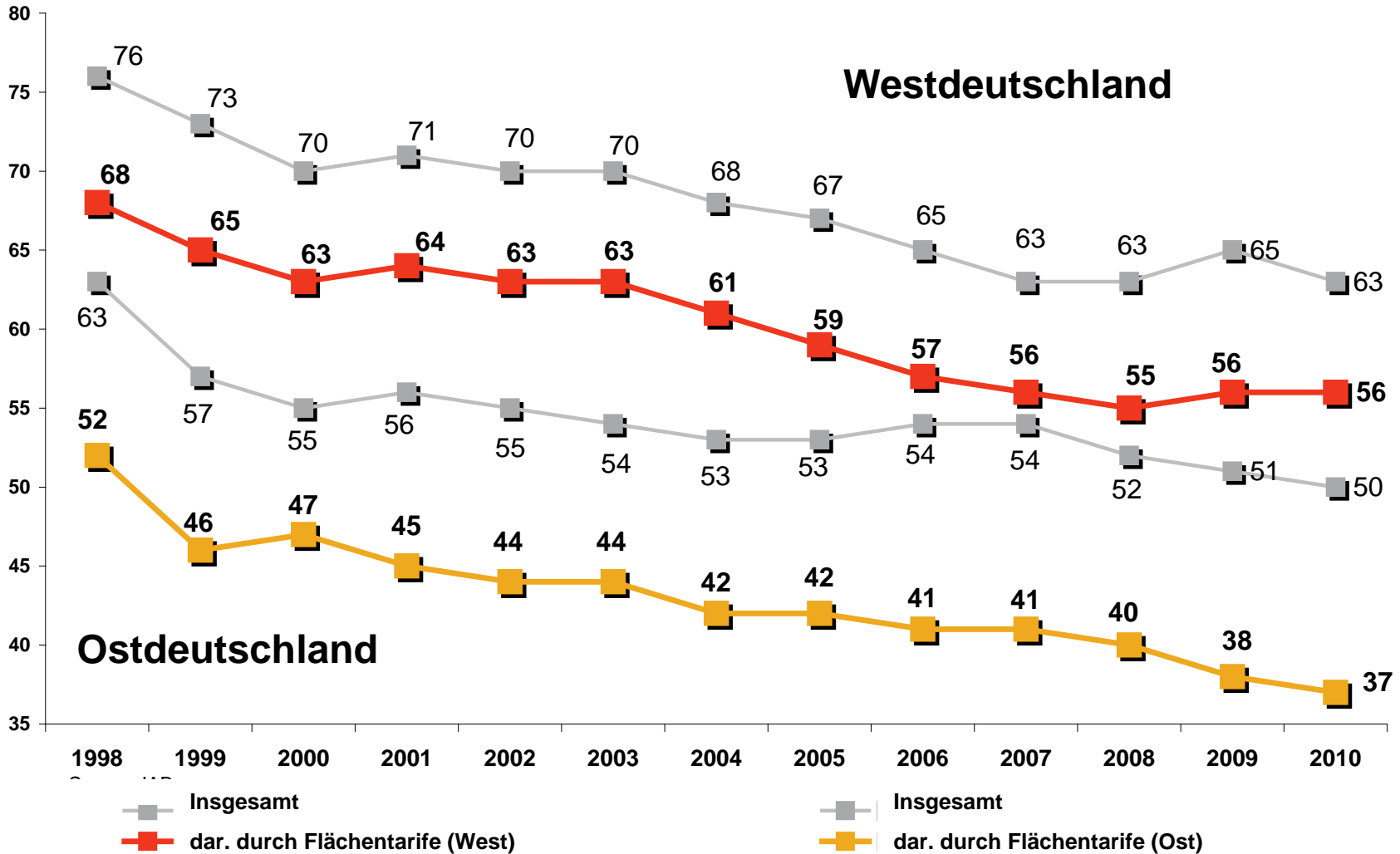
- zu niedrige Löhne (allgemein, bei bestimmten Beschäftigtengruppen, bei Frauen usw.)
- direkte De-Regulation des Arbeitsmarkts - indirekte Schwächung der Tarifautonomie
- zu niedrige Abgaben bei Unternehmen bzw. hohen Einkommen und Vermögen - zu hohe Abgaben bei Geringverdienern
- De-Regulation des Finanzmarkts - und Erhöhung des Finanzmarkt volumens (durch „überschüssiges“, renditesuchendes, spekulationsgefährdetes Anlagekapital - von unternehmerischem Geldvermögen über die Hedgefonds reicher Leute zu den Pensionsfonds „armer“ Leute bzw. der Tendenz zum Kapitaldeckungsverfahren)

Beispiele für eine Re-Regulation von Arbeitsmarkt und Tarifautonomie

- flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro/Stunde bei Vollzeit
- angemessene öffentliche Lohnergänzungsleistungen bei Nicht-Vollzeit (in Abhängigkeit von bestimmten Lebenslagen)
- flächendeckende Einführung von Vergabegesetzen für öffentliche Aufträge mit verknüpften sozialen Mindestbedingungen
- Abschaffung/Eindämmung prekärer Beschäftigung
- Durchsetzung des Equal pay für Frauen, Leiharbeiter und andere Gruppen
- „Deckelung“ von Einkommen
- Einführung eines „sanften“ Kammerzwangs für Arbeitgeber (gegen Tariffucht und Tarifbruch, für Beratungshilfen an Arbeitgeber wie Arbeitnehmer u. a. m.)

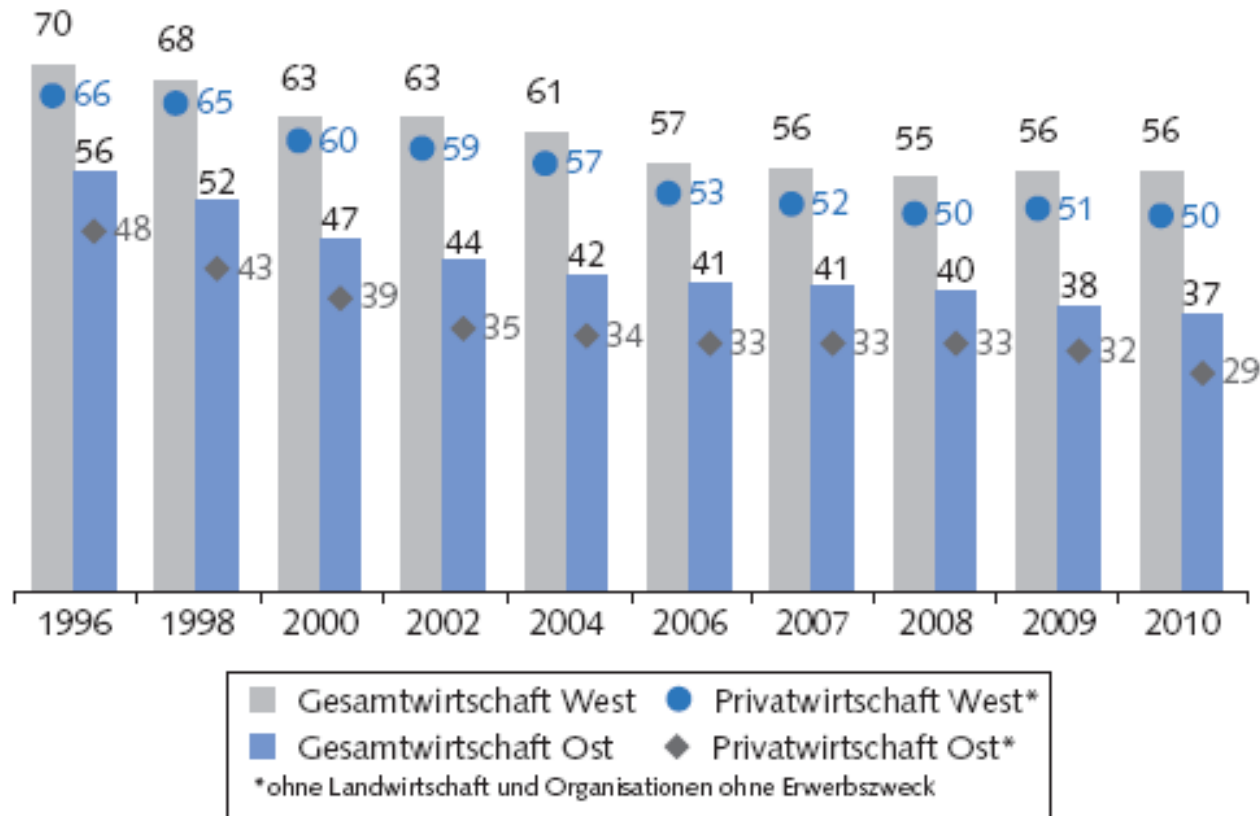
Tarifbindung in Deutschland

in % aller Beschäftigten in Haus- und Flächentarifen



Quelle: IAB

Tarifbindung in Deutschland in % aller Beschäftigten in privater und öffentlicher Wirtschaft



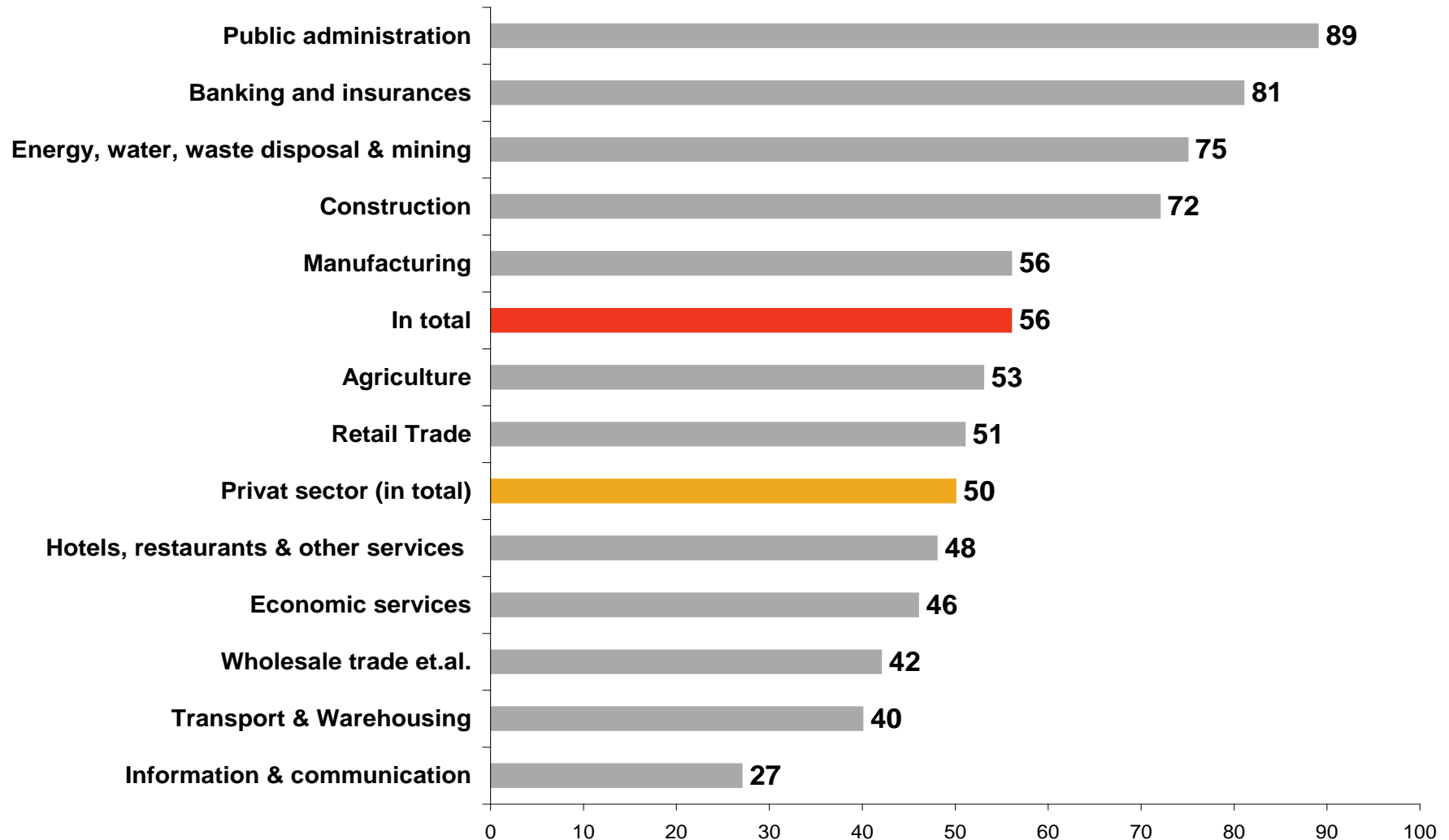
Anmerkung: 2010 verändertes Editingverfahren, siehe Hinweis im Text (Abschnitt 2).

Quelle: Ellguth/Kohaut/IAB in: WSI-Mitteilungen 5/2011, S. 242-247.

Tarifbindung in Branchen in % aller Beschäftigten

WSI

Hans Böckler
Stiftung

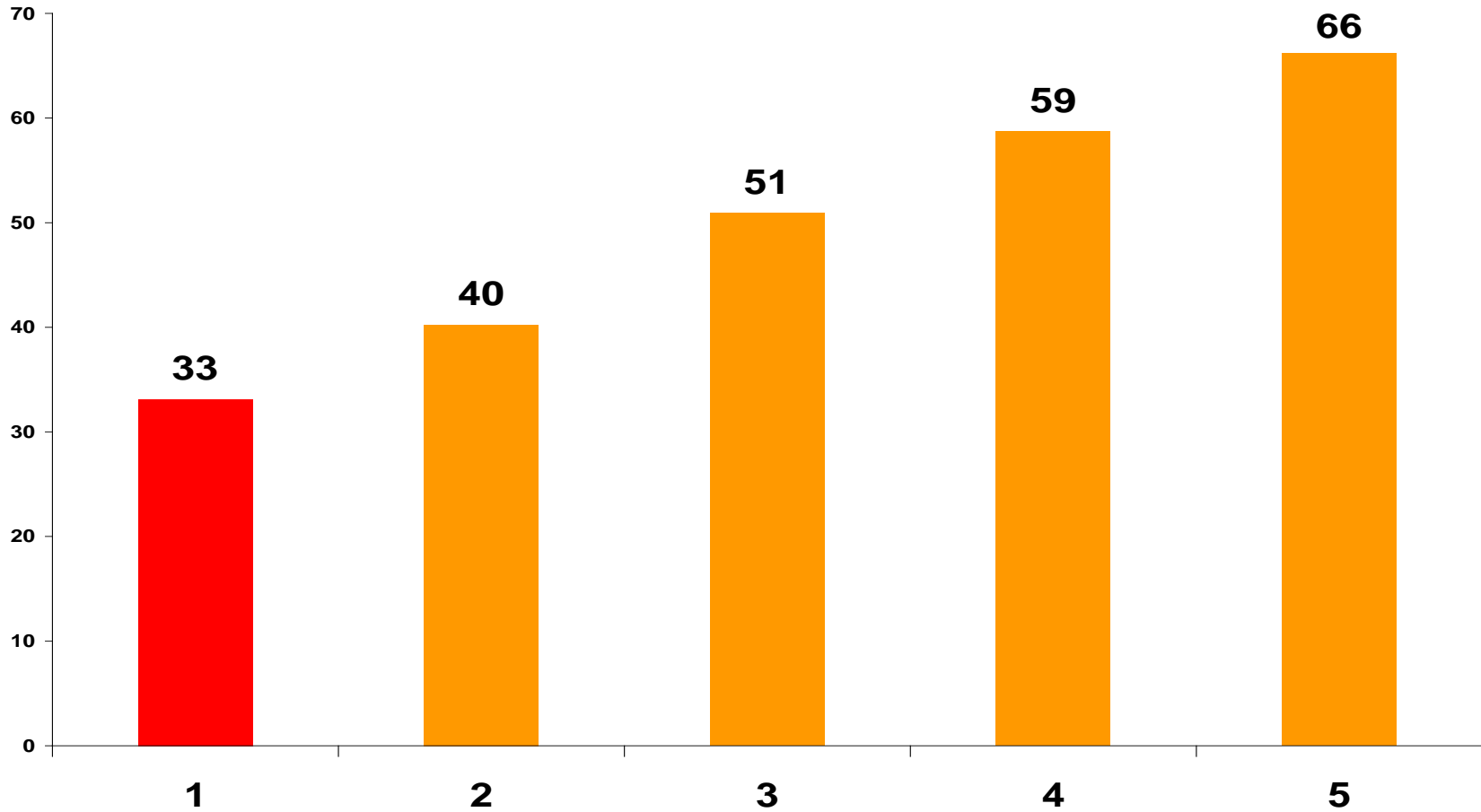


Quelle: IAB

Tarifbindung in Einkommens-Quintilen in % des jeweiligen Quintils

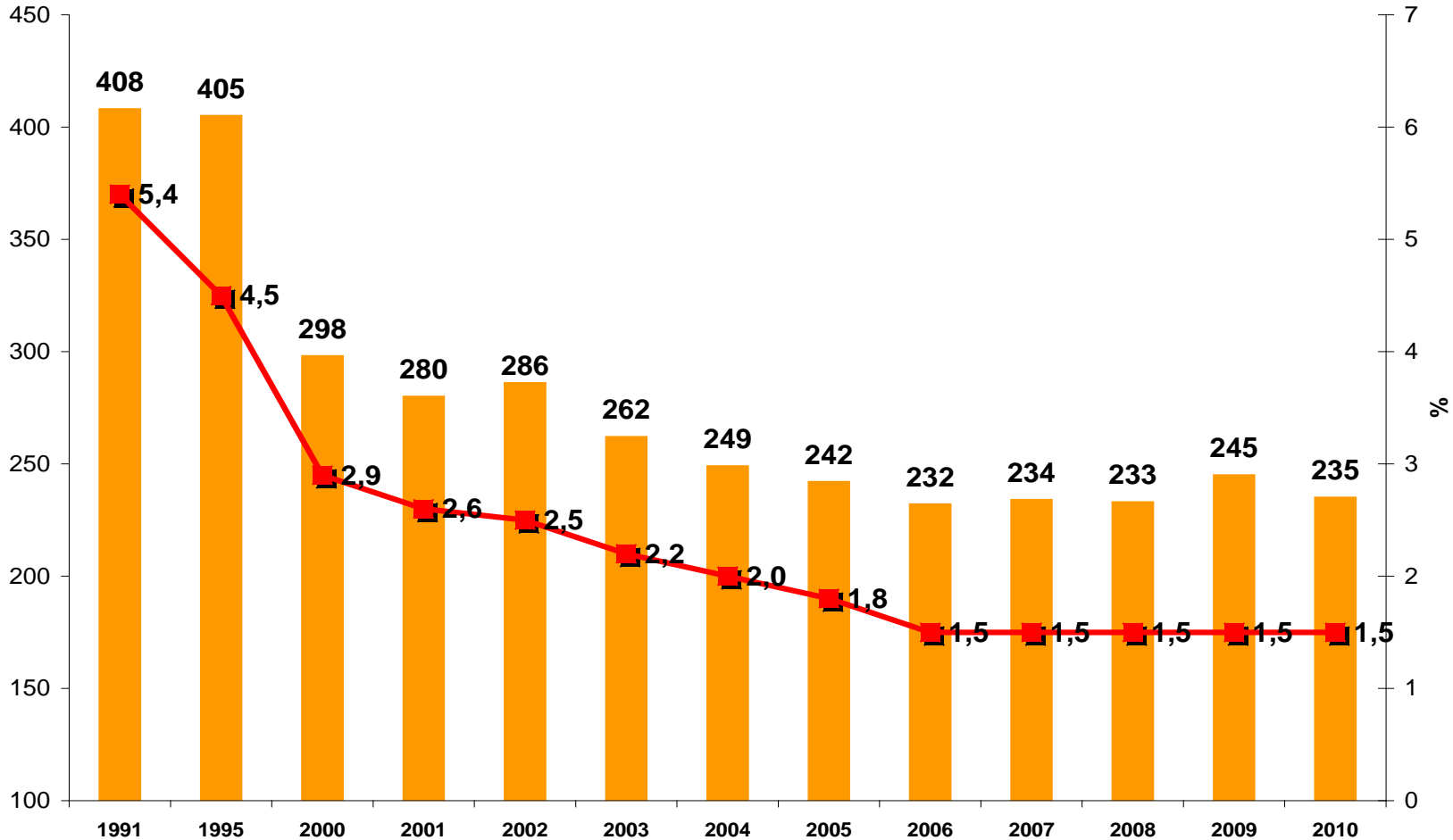
WSI

Hans Böckler
Stiftung



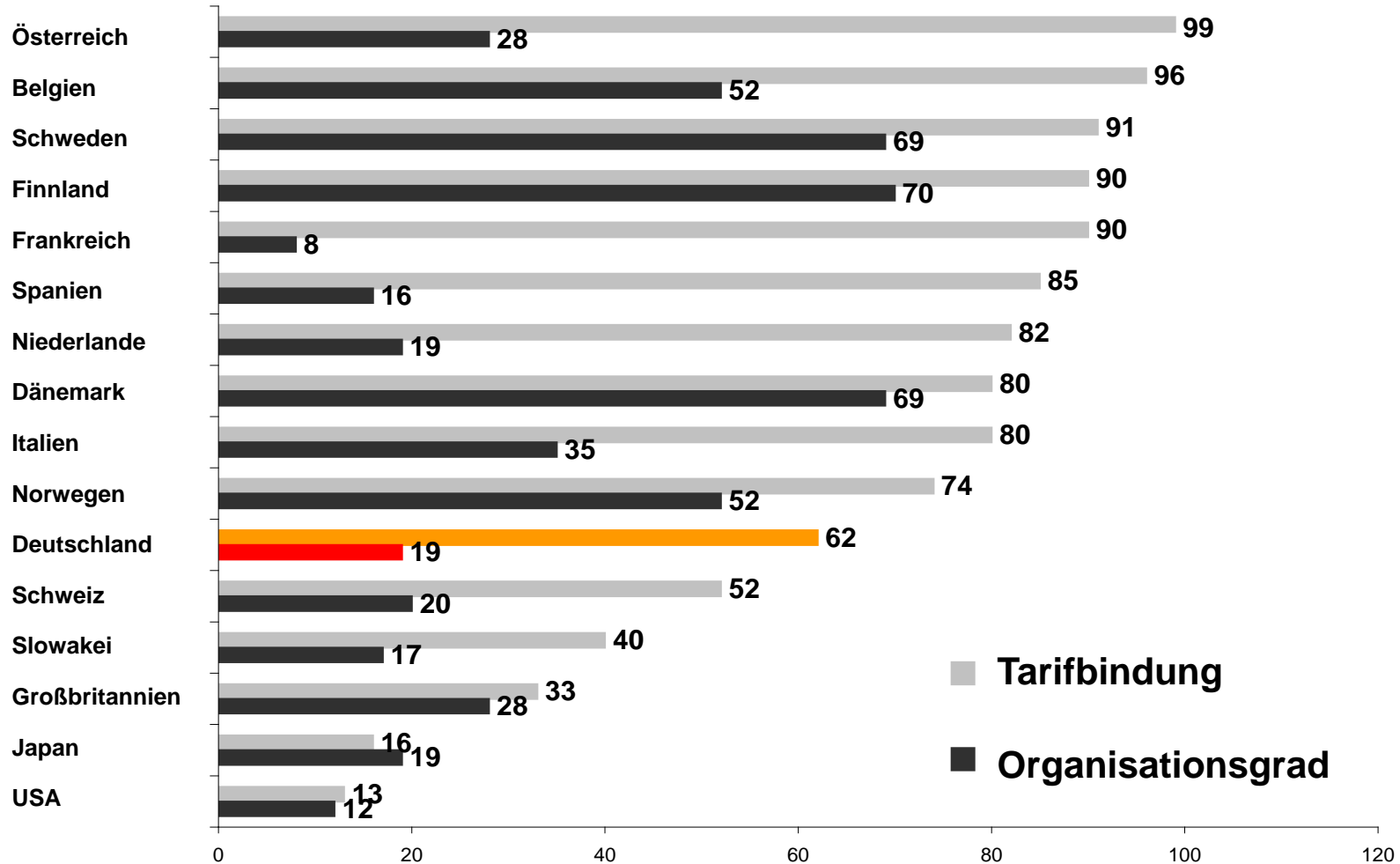
Quelle: WSI-Lohnspiegel

Allgemeinverbindliche Tarifverträge absolut und in % aller Tarifverträge



Quelle: BMAS, WSI-Berechnungen.

Tarifbindung und Organisationsgrad in der EU



Quelle: ICTWSS Database Version 3.0 (2011)

Beispiele für eine Re-Regulation der Steuerlastverteilung und eine Erhöhung des staatlichen Handlungsspielraums

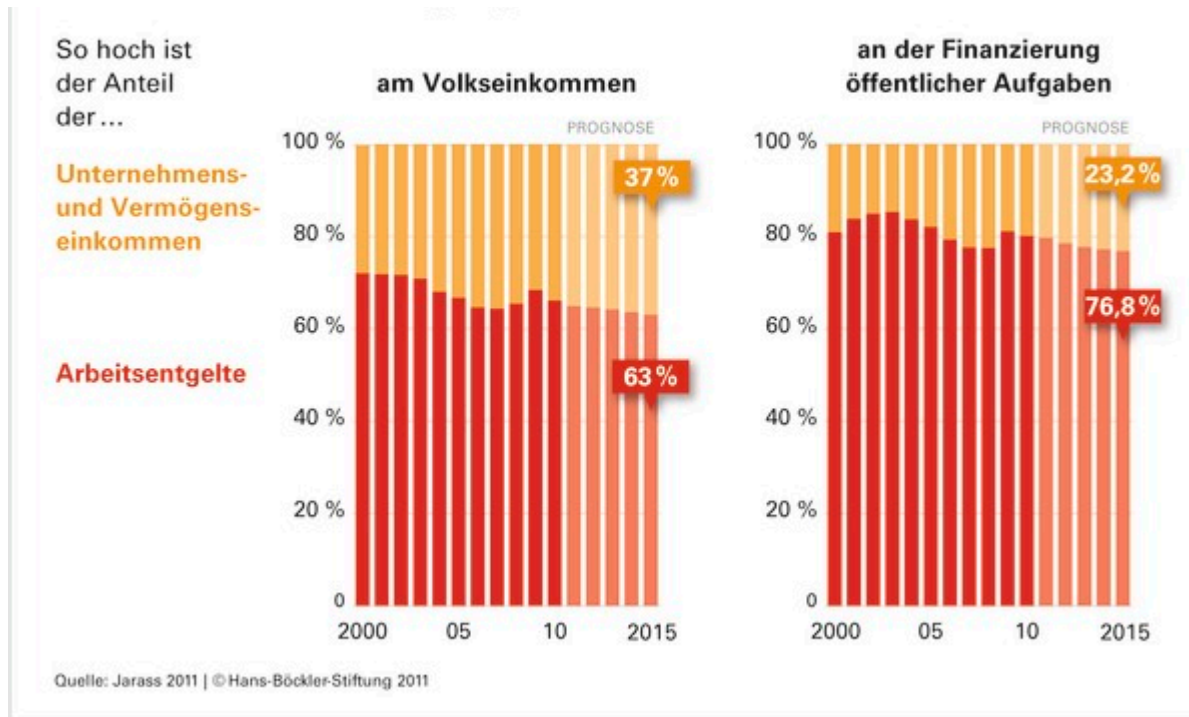
- „automatische“, umverteilungsbedingte Erhöhung der Steuer-Einnahmen (durch mehr Löhne, Nachfrage, Importe bzw. den damit möglichen Abbau des deutschen und holländischen Exportüberschusses)
- Durchsetzung des Prinzips einer progressiven Besteuerung aller Einkommensquellen (also z. B. keine Abgeltungssteuern)
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer
- Wiederbelebung bzw. Erhöhung von Vermögenssteuer und Erbesteuer
- Einführung von Luxussteuern auf besondere Konsumgüter
- (Wieder) Erhöhung der Unternehmenssteuern
- Bekämpfung der innerstaatlichen „Steuerhinterziehung“ - z. B. in Deutschland durch Verlagerung des Steuervollzugs von den Bundesländern auf den Bund
- Bekämpfung der privaten Steuerhinterziehung - z. B. durch Einführung der individuellen Besteuerung nach Geburtsortprinzip
- also **insgesamt: Einnahmenerhöhung statt „Konsolidierung“**

Gespaltene deutsche Steuerlastverteilung

Steuerarten in % des gesamten Steueraufkommens

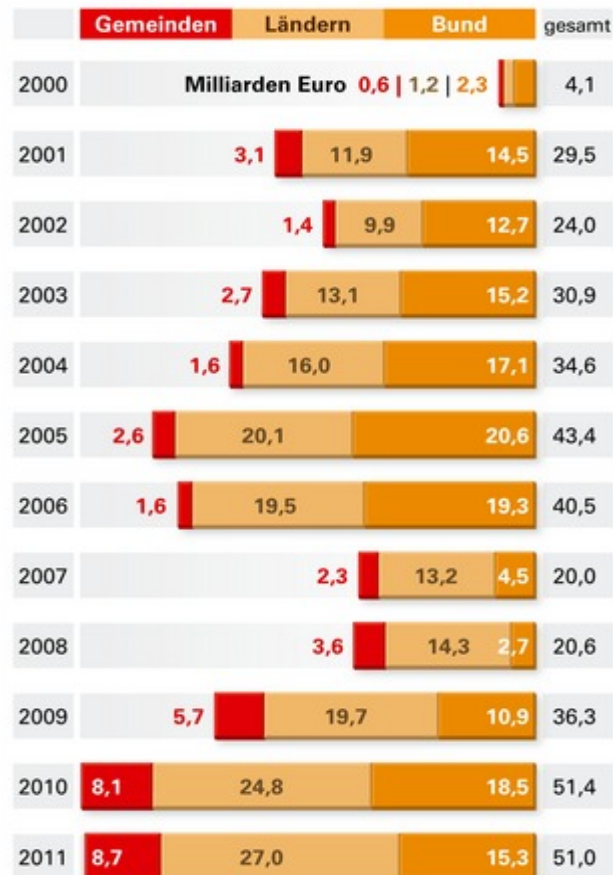
	1960	1970	1980	2000	2005	2007	2009	2010
Anteil der „Massensteuern“								
Lohnsteuer ¹⁾²⁾	11,8	22,8	30,6	31,6	28,0	26,0	27,4	25,7
Umsatz- und Verbrauchsteuern ³⁾	21,7	17,4	25,6	34,3	36,2	35,9	38,1	38,2
Mineralöl- bzw. Energiesteuer ⁴⁾	3,0	7,5	5,8	8,2	8,9	7,2	7,6	7,5
Zusammen	37,5	47,7	62,0	74,1	73,1	69,1	73,1	71,4
Anteil der Gewinnsteuern								
Veranlagte Einkommensteuer ¹⁾⁴⁾	13,5	10,4	10,1	2,9	2,4	4,9	5,3	6,2
Nicht veranlagte Steuer v. Ertrag ¹⁾	1,2	1,3	1,2	2,9	2,3	2,7	2,5	2,6
Körperschaftsteuer ¹⁾	9,5	5,7	5,8	5,1	3,8	5,0	1,5	2,4
Gewerbesteuern	10,5	7,9	7,8	5,8	7,1	7,5	6,2	6,7
Zinsabschlag/Abgeltungssteuer ¹⁾	--	--	--	1,6	1,6	2,2	2,5	1,7
Zusammen	34,7	25,5	24,9	18,3	17,2	22,3	18,0	19,6
Anteil der sonstigen Steuern								
Zusammen	27,8	27,1	13,1	7,6	9,7	8,6	8,9	9,0
<p>¹⁾ Einschließlich Solidaritätszuschlag. – ²⁾ Nach Abzug des seit 1996 aus dem Lohnsteueraufkommen gezahlten Kindergeldes und der Altersvorsorgezulage für die Riesterreente. – ³⁾ Neben Umsatzsteuern ausgewählte Verbrauchsteuern: Strom-, Tabak-, Branntwein-, Kaffeesteuer. – ⁴⁾ Nach Abzug der aus dem Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer gezahlten Investitionszulagen, Eigenheimzulagen und Erstattungen an Arbeitnehmer.</p> <p>Quelle: Bundesministerium der Finanzen/Arbeitskreis Steuerschätzung (Mai 2011) - Berechnungen des Autors</p>								

Arbeitnehmer überproportional belastet



Private „Lastenkrise“ und öffentliche Einnahmekrise durch „Steuerreformen“

Die Einnahmeausfälle infolge der Steuerpolitik seit 1998 betragen bei ...



Differenzen bei Summenbildung durch Rundung
 Quelle: Bundesfinanzministerium, Berechnungen IMK 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Die kumulierten und saldierten Reformeffekte erzeugen 2000-2011 Minder- bzw. Mehreinnahmen der Regierungen von:

- Rot-Grün - 431,1 Mrd. €
- Schwarz-Rot + 54,9 Mrd. €
- Schwarz-Gelb - 14,3 Mrd. €
- Zusammen - 390,5 Mrd. €

Beispiel öffentliche Vermögensbildung in Reichenhand

Verteilungswirkungen der Rot-Grünen Einkommensteuer-Reformen 1998-2005¹⁾

Zu ver- steuerndes Einkommen	Netto-Einkommen nach Steuern				Entlastungswirkung/ Einkommenserhöhung	
	1998		2005		nominal ²⁾ in %	nominal ²⁾ in Euro
	Durchschnittl. Steuersatz in %	Netto-Einkommen	Durchschn. Steuersatz in %	Netto-Einkommen		
10.000	9,8	9.020	4,0	9.600	6,38	580
20.000	19,4	16.120	14,3	17.140	6,31	1.020
30.000	23,8	22.860	19,4	24.180	5,77	1.320
40.000	27,2	29.120	23,1	30.760	5,6	1.640
50.000	30,4	34.800	26,2	36.900	6,05	2.100
60.000	33,6	39.840	28,8	42.720	7,15	2.880
70.000	36,3	44.590	30,7	48.510	8,77	3.920
80.000	38,4	49.280	32,1	54.320	10,19	5.040
90.000	40,1	53.910	33,2	60.120	11,43	7.290
100.000	41,3	58.700	34,1	65.900	12,28	7.200
200.000	47,2	105.600	38,0	124.000	17,34	18.400
1.000.000	51,8	482.000	41,2	588.000	22,07	106.000

¹⁾ Tarifeffekte einschließlich der 3. Reformstufe. – ²⁾ Erhöhung des Netto-Einkommens 2004 in Prozent des Netto-Einkommens von 1998, die auf die reformbedingte Senkung des Steuersatzes im Zeitpunktvergleich zurückgeht. – Ohne Berücksichtigung von Preissteigerungen.

Quelle: Prof. G. Corneo / FU Berlin

Die privaten Netto-Vermögen in Deutschland ...

sind pro Kopf so gestiegen

... und verteilt (2007) auf



... erzeugen aber keine Vermögenssteuern!

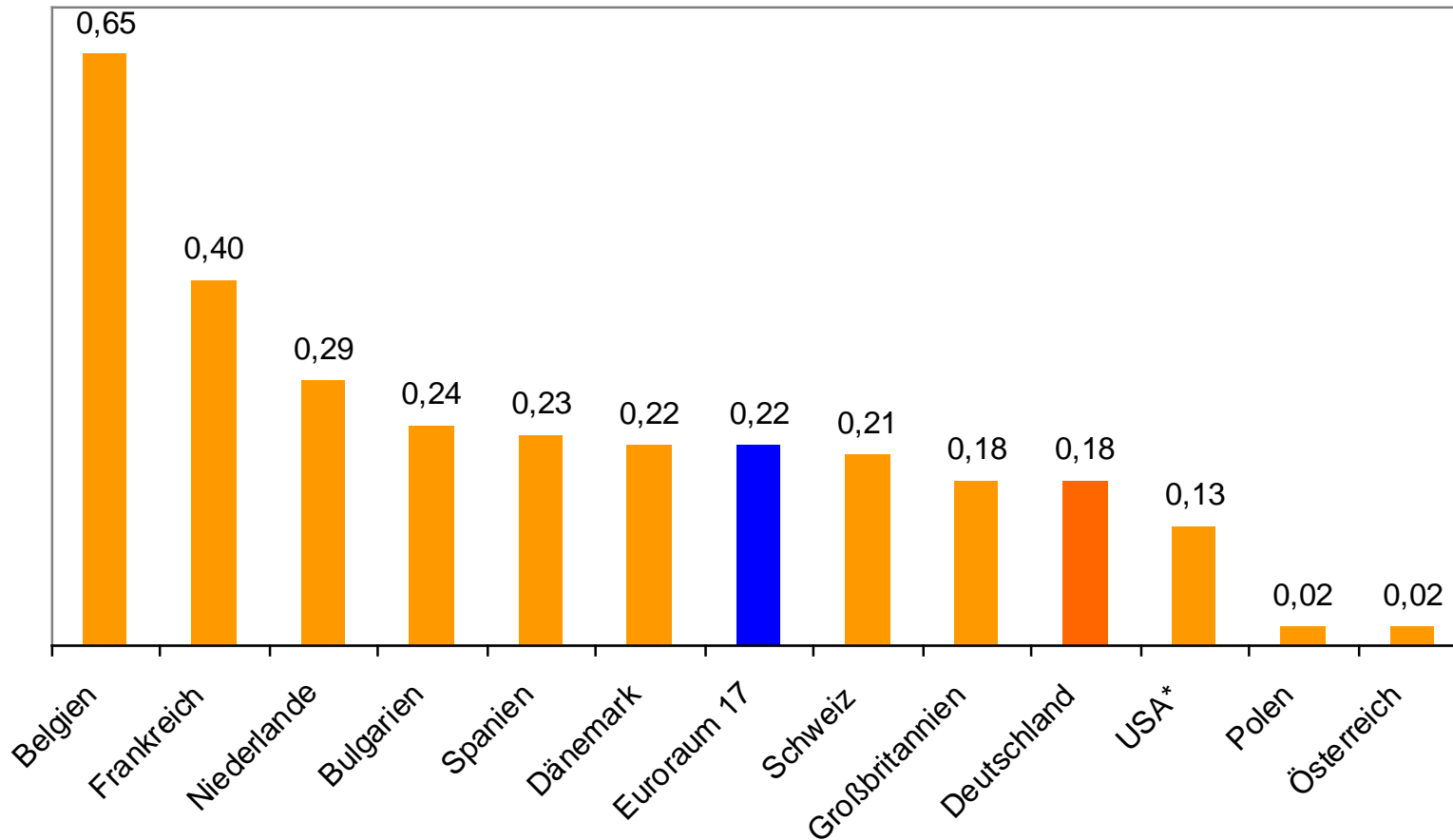
Quelle: Jarass, Obermair 2011; Hans-Böckler-Stiftung 2012.

Erben zahlen wenig Steuern!

Erbschaft- und Schenkungssteuern in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2010

WSI

Hans Böckler
Stiftung



Quelle: Europäische Kommission: Eurostat - statistische Datenbank, Stand 13.04.2012;

*Wert für USA: OECD Revenue Statistics 2011 (Schätzungen); Berechnungen von ver.di

Die deutsche Erbesteuer ist auch eine Schenkungssteuer

mit Vermögensübertragungseffekten alle 10 Jahre

- Steuerfreie Vermögensübertragung
alle 10 Jahre pro Kind in Euro
 - von Vater 400.000¹⁾
 - von Mutter 400.000¹⁾
- Steuerfreie Vermögensübertragung in der Generationen-
folge (Annahme 50 Jahre) pro Kind in Euro
 - von Vater 2.000.000²⁾
 - von Mutter 2.000.000²⁾

1) Vor 2005: 205.000 Euro. Ab 2009 persönlicher Freibetrag bei Betriebsvermögen oder landwirtschaftlichem Vermögen i. d. R. noch höher als 400.000 Euro. – 2) Plus ein gemittelter besonderer Freibetrag für Schenkungen bis zum 27. Lebensjahr des Kindes von ca. 85.000 Euro.

Vermögen versus Arbeit in Deutschland

Relation der im Jahr **vererbten** Vermögen zur
Brutto-Lohnsumme

- Aktuell: 1 : 5
- 1980: 1 : 30

Quelle: Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Beispiele für eine Re-Regulierung des Finanzmarkts i. w. S.

- eine neue Rolle der EZB: „Einkauf“ von Staatsschuldpapieren von den Emittenten, Weiterverkauf am Markt, Rückkaufgarantie zum Nennwert (Ersparnis von Zinsausgaben wie von „Bankenrettung“, „Länderrettung“ usw.)
- die möglichst europaweite, aber auch national mögliche Finanzmarkttransaktionssteuer (als theoretisch originäre Einnahmequelle der EU)
- „Bankregeln“ für formale Nicht-Banken wie Hedgefonds
- Begrenzung des Finanzmarktolumens (Verbot von bestimmten Derivaten und „Hebelungs“praktiken, Stärkung des Umlageverfahrens bzw. Begrenzung des Kapitaldeckungsverfahrens in Sicherungssystemen)
- Eindämmung von Spekulationspotential und Demokratisierung der Finanzströme (Stärkung des genossenschaftlichen Immobiliensektors, Umwandlung der Versicherer-Unternehmen in Versicherten-Genossenschaften)

Anteile kapitalgedeckter „Pensionsfond“- Anlagen am BIP 2010 (in %)

Holland	128,51
England	88,68
Finnland	82,12
Dänemark	49,71
Polen	15,79
Ungarn	14,32
Portugal	11,43
Slowakei	7,41
Tschechien	6,33
Österreich	5,25
Deutschland	5,18
Italien	4,57
Frankreich	0,21
<hr style="border-top: 1px dashed black;"/>	
Schweiz	113,73
USA	72,67
Schweden	9,58
Norwegen	7,75

Quelle: OECD 2012.

Insgesamt gilt es:

- Das Primat der Politik über die Wirtschaft stärken - d. h. auch das Primat des Parlaments/der Bürger gegenüber (supra)nationalen Institutionen.
- Die vermeintlich „weisen“, aber faktisch krisenanfälligen „Märkte“ durch staatliche Re-Regulation zu disziplinieren und zivilisieren.
- Verteilungsprozesse gerechter zu gestalten.

Denn auf Dauer ist mehr Gerechtigkeit sowieso komplementär zu ökonomischem und ökologischem Wohlstand - und dem „Glück“ der Gesellschaft.

... So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, dass ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag. Am Ausgangspunkt stand da der Wunsch, **über eine breitgeschichtete Massenkaukraft die alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden.**

Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine **dünne Oberschicht**, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr **breite Unterschicht** mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung musste also die Voraussetzung dafür schaffen, dass dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch **endlich das Ressentiment zwischen „arm“ und „reich“ überwunden** werden konnten.

Ich habe keinerlei Anlass, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie **bestimmt** heute wie damals **mein Denken und Handeln.**

Ludwig Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, Seite 7